

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Völkme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Völkwerf, Völkme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wily. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 265

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 2 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig. Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig u. o. Porto.

Halver

Donnerstag, den 11. November

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Gratisbeilagen: „Zeitgeschichte im Wochenbild“, „Des Bandmanns Sonntagsblatt“ und „Herb und Scholle“

1926

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichspräsident von Hindenburg empfing Dienstag den neuen britischen Botschafter in Berlin, Sir Ronald Lindsay, und tauschte mit ihm herzliche Ansprachen aus.

* Die Reichsregierung hat nach der Zustimmung des Reichsrats die von ihr vorgeschlagenen Erhöhungen der Erwerbslosenfürsorge um 10 bzw. 15 % auf dem Verordnungswege ab 8. November in Kraft gesetzt.

* Beim Reichsanwalt fand auf Anregung der Arbeitgeberverbände eine Besprechung der Vertreter verschiedener Wirtschaftsorganisationen über die Frage des Arbeitszeitgesetzes statt.

* Der völkische Reichstagsabgeordnete Fahrenhorst wurde in Berlin wegen Herabwürdigung des preussischen Ministerpräsidenten Braun, des früheren Ministers Severing und der Reichsflagge zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Krisengefahr.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Es ist an und für sich gleichgültig, was der dauernden Regierungskrise zugrunde liegt; daß sich aber Vorgänge, wie sie sich am Montag im Reichstag abspielten, täglich wiederholen können, ist durch die Abstimmung über die Erwerbslosenfürsorge als erstes Beispiel bewiesen worden.

Die parlamentarische Grundlage der Regierung ist eine Minderheit; geht die Opposition einmal zusammen, so erleidet die Regierung ohne weiteres eine Niederlage, das ist nun geschehen. Die Sozialdemokratie hatte Anträge gestellt, die in ihren finanziellen Folgen über das hinausgingen, was die Regierung zu bewilligen entschlossen war. Nun stimmten die Deutschnationalen, die ja gleichfalls in der Opposition sind, für die sozialdemokratischen Anträge; die Regierung blieb mit ihren Vorschlägen in der Minderheit. Den Zweck dieses deutschenationalen Vorgehens hat der Vorsitzende der Fraktion, Graf Westarp, in seinen Ausführungen nach der Abstimmung dargelegt: die Rechte will eine Entscheidung, will die Regierung zwingen, sich für rechts oder links zu entscheiden. Jedes parlamentarische Mittel soll für diesen Zweck verwendet werden, eine unzuverlässige Stellungnahme der Regierung herbeizuführen.

Ausdrücklich hatte der Reichsarbeitsminister Dr. Braun erklärt, daß die sozialdemokratischen Anträge für die Regierung nicht annehmbar seien; nach der Abstimmung hat er diese Erklärung in der Volksversammlung des Reichstages wiederholt. Das bedeutet noch keine Regierungskrise. Der Zweck des deutschenationalen Vorgehens war nicht Sturz des Kabinetts, sondern fordert eine Entscheidung über die künftige politische Haltung des Kabinetts. Man spricht auf der Rechten die Ansicht aus, daß die Sozialdemokratie ihre Anträge gar nicht ernst meine, sie seien eingebracht, obwohl man ganz genau wisse, daß sie doch nicht angenommen würden, weil die Deutschnationalen doch gegen sie stimmen, sie zusammen mit den Regierungsparteien zu Fall bringen würden. So ist das bisher mehrfach geschehen und es bedeutet daher eine große Überraschung, als nun die Rechte für die sozialdemokratischen Anträge stimmte.

Natürlich zeigt dieses Vorgehen, daß sich die Dinge innenpolitisch ungezügelt haben. Während die Deutschnationalen auf ihrem Kölner Parteitag noch erklärt hatten, daß sie bereit seien, mit der jetzigen Regierungskoalition zu arbeiten, wenn man ihnen einen entsprechenden Einfluß einräumen würde, hat sich die Lage jetzt geändert, nachdem der Reichsanwalt seine bekannte Rede in Erfurt gehalten hat. Von Verhandlungen über die Große Koalition im Reich verlautete aber nichts und die Anträge der Sozialdemokratie wurden ausdrücklich als unannehmbar bezeichnet. Damit ist nun die Sozialdemokratie gleichfalls vor die Entscheidung gestellt, grundsätzlich auf derartige Anträge zu verzichten. Die Frage der Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den achtstündigen Arbeitstag wird sehr bald eine zweite Probe aufs Exempel sein, da die Regierungsparteien hinsichtlich der achtstündigen Arbeitszeit ein absolutes Verbot längerer Beschäftigung ablehnen — oder dem Druck von links nachgeben müssen.

Das Ganze soll also ein parlamentarisches Manöver zur Klärung der Lage sein. Die Deutschnationalen haben betont, daß sie — trotz der Annahme der sozialdemokratischen Anträge — die darin vorgeschlagenen Sätze für die Erwerbslosenfürsorge für viel zu hoch halten. Sie glauben aber erzwungen zu haben, daß die Regierung nun entsprechende Beschlüsse fassen muß. Die Regierung steht auf einer zu schmalen Plattform. Die Notwendigkeit rückt näher, sich nach einer Verbreiterung in irgendeiner Richtung umzusehen — mit anderen Worten, die Reichsregierung braucht eine feste Mehrheit, um die Geschäfte erprießlich weiterführen zu können.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Beseitigung der Militärkontrollen.

Die Verhandlungen über die zwischen Deutschland und der Völkshauptkonferenz strittigen Punkte der Militärkontrollen werden zunächst zwischen der Reichsregierung und der interalliierten Militärkontrollkommission geführt. Diplomatische Schritte zur Unterstützung des deutschen Standpunktes sind vorläufig nicht in Aussicht genommen, da abgewartet wird, wie die Verhandlungen mit der Kontrollkommission verlaufen.

Wiedereinführung von Titeln und Ehrenzeichen?

Aus dem Reichsministerium des Innern wird mitgeteilt, daß die Unzulänglichkeiten, die sich aus der gegenwärtigen Regelung der Verleihung von Titeln und

Politik des Friedens und der Versöhnung

Botschafter Lindsay bei Hindenburg.

Versicherung gegenseitiger Hilfe.

Der Reichspräsident hat den neuernannten königlich Großbritannien Botschafter Sir Ronald Lindsay zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. An dem Empfange nahmen außer den Herren der Umgebung des Reichspräsidenten der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. von Schubert, teil. Der Botschafter hielt eine Ansprache, in der er u. a. sagte:

Herr Reichspräsident! Ich bin glücklich, daß ich dazu ausersenden worden bin, Seine Majestät in diesem großen Lande zu vertreten, und bin auch besonders glücklich darüber, daß ich meine Obliegenheiten in dem gegenwärtigen verheißungsvollen Augenblick übernehme, wo die herzlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien eine friedliche und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern verheißt.

Mit der Unterzeichnung der Verträge von Locarno und mit dem Eintritt Deutschlands in die Brüderlichkeit der Nationen eröffnet sich ein neuer Abschnitt der internationalen Geschichte und wir dürfen einer Zeit ununterbrochener Versöhnung und stetig zunehmender Sicherheit entgegensehen. Es wird mein Bestreben sein, die Politik des Friedens und der Versöhnung, soweit es an mir liegt, zu fördern und ich werde mich dieser Aufgabe mit aller meiner Kraft widmen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß ich während meiner Amtszeit in der Lage sein werde, mit Sympathie die weitere Entwicklung von Deutschlands Wohlergehen zu verfolgen.

Ich kann nur hoffen, daß die nie mangelnde Gefälligkeit und der gute Wille, den Eure Excellenz, die Minister, die Beamten und die Bevölkerung des Reichs in so reichlichem Maße Lord d'Abernon haben zugute kommen lassen, auch auf mich übertragen werden möchten.

Ehrenzeichen ergeben haben, die zuständigen Stellen beschaffen. Die gegenwärtige Lage, so wird erklärt, ist deshalb unerträglich, weil man Pioniere des Deutschtums im Ausland nicht durch Verleihung von Titeln in ihrer Tätigkeit fördern kann. Der Reichstag hat seinerzeit zu dieser Frage eine Entscheidung angenommen, die der Regierung empfiehlt, Erwägungen anzustellen, wie dem Abstände abgeholfen werden könnte. Bestimmte Entschlüsse sind im Reichskabinett noch nicht gefaßt. Eine baldige Stellungnahme in der Frage der Titelverleihungen der Reichsregierung ist aber auch wegen der verschiedenartigen Regelungen im Reich und in Bayern nötig. Die Stellungnahme zur Verleihung von Ehrenzeichen wird erforderlich wegen der neuerdings eingeführten Rettungsmedaille und des Feuerwehrerehrenszeichens.

Die Not im besetzten Gebiet.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Bell, sprach dem Regierungspräsidenten Dr. Brandt, Koblenz, für die freundliche Aufnahme, die er bei seiner Informationsreise durch die besetzten Gebiete auch in der Stadt Kreuznach gefunden habe, seinen Dank aus. Reichsminister Dr. Bell bringt in seinem Schreiben zum Ausdruck, daß die eingehenden Darlegungen über die schwierigen Verhältnisse des besetzten Gebietes, insbesondere über die überaus bedrückte Lage des Völkkreuznachs, großen Eindruck auf ihn gemacht haben, und daß die Reichsregierung alles daransetzen werde, im Rahmen des Möglichen der Not zu steuern.

Aus In- und Ausland.

München. Der Bayerische Landtag stimmte der Ernennung des Ministerialdirektors Goldenberger zum bayerischen Kultusminister zu.

Budapest. In politischen Kreisen erhält sich hartnäckig das Gerücht, Ministerpräsident Graf Bethlen werde sehr bald, wahrscheinlich noch im Laufe dieser Woche, die Nationalversammlung auflösen und Neuwahlen schon für Mitte Dezember ausschreiben.

Mexico. Im Zusammenhang mit Gemeinderatswahlen kam es in verschiedenen Teilen der Republik zu Zusammenstößen, wobei insgesamt 10 Personen getötet und 28 verwundet wurden.

Managua. Matagalpa, eine der größten Städte von Nicaragua, wurde von 500 liberalen Revolutionären besetzt. Auf Vorstellungen der amerikanischen Gesandtschaft hin sind Regierungstruppen zum Schutze der amerikanischen Kaffeeplantagen entsandt worden.

Deutscher Reichstag.

(231. Sitzung.)

OB. Berlin, 9. November.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der Beratung der Erwerbslosenfürsorge. Von den Kommunisten ist inzwischen ein Antrag eingegangen, der ohne besondere Begründung der gesamten Reichsregierung das Mißtrauen ausdrückt. Die Völkischen haben gleichfalls einen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung eingebracht, der mit der Haltung der Regierung zu den Reichstagsbeschlüssen begründet wird.

Verkündung der Erhöhungen

zur Erwerbslosenfürsorge.

Reichsarbeitsminister Dr. Braun erklärte, daß nach den Bestimmungen der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge die Reichsregierung berechtigt und berufen ist, die nötigen Änderungen über die Anpassung der Unterstützungssätze an die wirtschaftlichen Erfordernisse zu erlassen. Nach den gestrigen Parteierklärungen (siehe Seite 1) sei bei den Beschlüssen zum Teil um tatsächliche Abstimmungen gehandelt

Der Reichspräsident erwiderte u. a. mit folgenden Worten:

Herr Botschafter! Ich habe die Ehre, aus den Händen Eurer Excellenz das Schreiben entgegenzunehmen, durch das Seine Majestät König Georg V. Sie als königlich Großbritannien außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei mir beglaubigt.

Ich bitte Sie, der Vollmacht meines aufrichtigen Dankes für die freundlichen Wünsche zu sein, die Seine Majestät für das Gedeihen Deutschlands in seinem Handschreiben auszusprechen die Güte hatte, und Ihrem hohen Souverän zu versichern, daß ich diese Wünsche aufrichtig erwidere. Die große Aufgabe, die der Lösung immer noch harzt, ist der Wiederaufbau und die dauernde Sicherung des Friedens Europas. Ich hoffe mit Ihnen, daß die Verträge von Locarno und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund Etappen auf dem Wege zu diesem Ziele sein mögen und daß Ihre Erwartung auf einen neuen Abschnitt in der Geschichte sich erfüllen werde. Die Zusage Ihrer persönlichen Mitarbeit an diesem Werk nehme ich dankbar entgegen. Zugleich gebe ich auch der Hoffnung Ausdruck, daß alle Mächte auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet verständnisvoll zusammenarbeiten, geleitet von dem Geiste des Entgegenkommens und der Rücksichtnahme auf die Erfordernisse des nationalen und wirtschaftlichen Lebens der einzelnen Völker.

Eure Excellenz wollen versichert sein, daß Sie bei mir und der Reichsregierung stets jede Unterstützung zur Förderung Ihrer Mission finden werden. Es wird uns eine Freude sein, Ihnen die Erfüllung der mit Ihrem hohen Amt verbundenen Aufgaben in jeder Weise zu erleichtern.

Im Namen des Deutschen Reiches heiße ich Sie, Herr Botschafter, herzlich willkommen.

Hieran schloß sich eine Unterhaltung, in deren Verlauf der Botschafter dem Reichspräsidenten einige Mitteilungen der Botschaft vorstellte.

hat, daß tatsächlich eine Mehrheit des Reichstages für die gestern beschlossene Erhöhung um 30 % nicht vorhanden ist. Auf Grund dieser Zusammenhänge hat sich die Reichsregierung entschlossen, im Wege der Verordnung die Unterstützungssätze im Sinne des Antrags der Regierungsparteien um 15 und 10 % zu erhöhen. Heute vormittag haben die Reichsratsausschüsse dem zugestimmt. Nur so sei zu erreichen, daß die Arbeitslosen noch in dieser Woche in den Genuß der erhöhten Unterstützung kommen. Gleichzeitig soll der volle Zuschlag auch für das vierte Kind gezahlt werden. Die neuen Lasten würden vom Reiche getragen werden.

Der Minister kündigte dann Gesetze der Reichsregierung an, denen zufolge die Bezüge aus der Wochenhilfe und Wochenfürsorge nicht auf die Erwerbslosenunterstützung angerechnet werden und den Erwerbslosen die Anwartschaft auf die Sozialversicherung aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge gesichert wird. Endlich soll durch Gesetz auch dem Wege der Krisenfürsorge den Ausgesteuerten der Fortbezug der Unterstützung für den Winter gewährleistet werden. Diese Vorlage soll schon am Donnerstag im Reichsrat verabschiedet werden. Durch Verordnung oder Ausführungsbestimmungen soll eine gleichmäßige und entgeltliche Durchführung der Bedürftigkeitsprüfung sichergestellt werden.

Endlich wird die Reichsregierung entsprechend den Anträgen der Regierungsparteien die berufliche Fortbildung der erwerbslosen Jugendlichen fördern. Die Regierung hält an ihrer bestehenden Stellung zur Sozialpolitik fest und wird daraus alle Konsequenzen ziehen. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) begrüßte das Vorgehen der Regierung und beantragte, die Weiterberatung der Anträge zu verlagern, da sie jetzt doch unpraktisch und unzuverlässig wären.

Abg. Müller-Franken (Soz.) widersprach der Verlegung. Die Sozialdemokraten würden beantragen, die gestern beschlossene Erhöhung um 30 und 20 Prozent durchzuführen und die Mittel dazu durch Aufhebung der Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer zu beschaffen.

Auch Abg. Hädel (Komm.) erklärte sich gegen die Verlegung.

Nachdem noch Abg. Hennig (Völk.) sich gegen die Verlegung ausgesprochen hatte, wurde der Verlegungsantrag mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutschnationalen und Völkischen abgelehnt.

Abg. Scholz (D. Vp.) erklärte dann, daß die Regierungsparteien sich an der weiteren Beratung nicht beteiligen würden. Die sozialdemokratischen Anträge zur Erwerbslosenverlagung werden angenommen.

Die zweite Lesung des damit verbundenen Gesetzeswurfs wurde erledigt, die dritte durch Einspruch der Regierungsparteien verhindert.

Für das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Reichsarbeitsminister stimmten nur die Antragsteller. Die Deutschnationalen enthielten sich, die anderen Parteien stimmten dagegen.

800 Millionen Nachtragsetat.

Es folgte die erste Beratung des 800-Millionen-Nachtragsetats, die vom Reichsfinanzminister Dr. Reinhold eingeleitet wurde. Der Minister begrüßte es, daß der Reichstag jetzt den Weg einer gesunden Finanzpolitik beschreite und die Steuern den wirklichen Bedürfnissen angepaßt habe. Er schilderte dann die bekannten Abmachungen mit dem Reparationsagenten, wodurch eine wesentliche Verbesserung der Liquidität der Reichshauptkasse erreicht worden sei. Das Abkommen habe im Reiche auch wesentliche Erfolge gebracht. Durch diese Erfolge konnte ein Drittel der Mehraufgaben gedeckt werden, weitere 90 Millionen aus dem Mehraufkommen aus den Zöllen. Das Gesamtaufkommen sämtlicher Steuerarten werde den Staatsanfang so übersteigen, daß es berechtigt wäre, 90 Millionen Mehraufkommen zur Deckung des vorliegenden Nachtragsetats heranzuziehen. Die Regierung habe 200 Millionen der Zwischengeld für den Kleinwohnungsbau zur Verfügung gestellt. Dadurch würden 40 000 neue Wohnungen geschaffen und damit 120 000 Bauarbeiter aus der unterstützten Erwerbslosenfürsorge herauskommen. Zur Deckung könne man weiter eine neue Anleihe von 372 000 000 aufnehmen, so daß die Regierung zur Aufnahme einer Anleihe von insgesamt 965 000 000 ermächtigt sei. Sie habe aber von der Ermächtigung zur Lom-

bardierung von Schachwecheln noch keinen Gebrauch gemacht. Sie werde auch jetzt noch nicht den Auleihemarkt in Anspruch nehmen, sondern den Zeitpunkt dazu sorgsam auswählen.

Antrag auf Fürstenausscheidung.

Abg. Sanger (Soz.) begründete den sozialistischen Gesetzentwurf, wonach den Mitgliedern der ehemals regierenden Fürstlichen Familien der Aufenthalt im Reichsgebiet verboten werden soll, wenn andererseits das Wohl der Republik dadurch gefährdet wird. Nach dem geltenden deutschen Recht über Erwerb und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit müßten Wilhelm II. und Rupprecht von Bayern dauernd aus dem Reichsgebiet entfernt werden.

Der Redner schloß mit der Bemerkung, daß ruhmloser und unfähiger noch nie eine Dynastie gesunken sei wie die der Hohenzollern. (Psuifufe bei den Deutschenationalen.)

Abg. Lindecker-Wildau (Dn.) meinte, die von den Sozialdemokraten und Kommunisten aufgeworfene Hohenzollernfrage sei durch jenen Vergleich erledigt, der die Unterschrift der Sozialdemokraten Braun und Seevering trägt. Was Abg. Sanger vorgebracht hätte, entspränge wohl nur dem Defensivbedürfnis gegenüber den Kommunisten. Den Deutschenationalen erscheine der sozialdemokratische Antrag als nicht geeignet, damit den Rechtsauschuss zu belästigen. Sie würden deshalb gegen die Ausschlußüberweisung stimmen. Sie verlangte, daß die ehemals regierenden Fürsten dieselben Rechte genießen wie alle übrigen Staatsbürger. Der Redner beflagte den Märdritt des Generalobersten von Seede.

Seine Partei fordere die unbedingte Sicherung eines Berufsständigen Beamtentums. Die Art, wie der Reichsfinanzminister den Ausbau seiner Verwaltung vorgenommen habe, scheine mit der Verfassung nicht vereinbar zu sein. Ebenso bedauerlich seien die Angriffe gegen die Unabhängigkeit der Rechtsprechung. Er lehne es durchaus ab, die Landsberger Angeklagten zu decken, aber auch die Presse der Linken, die so verständnisvoll auf die Psyche der Leser der Attentäter eingegangen sei, sollte doch etwas Verständnis zeigen für die Tragik dieser jungen Menschen, denen das Kriegsende alle Hoffnungen zerschlagen habe. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Sie sollten doch nicht vergessen, daß Leute aus diesen Kreisen von Ebert, Noske und Scheidemann berufen worden seien, um die junge Republik gegen den Bolschewismus zu schützen. (Lebhafte Beifall und Handclatschen rechts.) Was am 9. November erreicht worden sei, sei nicht die wahre Freiheit gewesen. Seine Partei dächte zurück an den Geist der Freiheit, den das deutsche Volk im August 1914 gewährt habe. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Neugebauer (Komm.) wandte sich gegen den Abg. Sanger, dessen Gouvernantenrede nicht darüber hinwegtäuschen könne, daß die Sozialdemokratie in der Behandlung der ehemaligen Fürsten, vor allem beim preussischen Hohenzollernvergleich, das Volk verärraten habe. Der Redner begründete dann die kommunistischen Anträge auf Ausweisung und Enteignung der ehemals regierenden Fürsten. Die Weiterberatung wurde auf Mittwoch vertagt.

Preussischer Landtag.

(217. Sitzung.) tt. Berlin, 9. November.

Das Haus setzte die allgemeine Aussprache zur Elektrizität des Staates im Rahmen der Beratung des Entwurfes über die Bereitstellung von Geldmitteln für die Ausgestaltung des

Staatlichen Besitzes an Elektrizitätsunternehmungen

fort. Handelsminister Dr. Schreier wies einleitend auf die immer steigende Bedeutung der Elektrizitätswirtschaft für die deutsche Wirtschaft hin. Auf diesem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft ständen wir in Deutschland noch inmitten einer sich rasch vollziehenden Entwicklung. In dem Zeitraum von wenig mehr als zehn Jahren habe sich die Stromerzeugung mindestens verdoppelt, nämlich von 5,1 Milliarden Kilowattstunden 1913 auf 10 Milliarden Kilowattstunden 1925. Es ergebe sich daraus für den Staat die selbstverständliche Pflicht, der Elektrizitätswirtschaft seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen, und diese Pflicht sei von ihm schon 1917 deutlich erkannt worden. Die rein geschäftliche Betätigung des Staates in der Elektrizitätswirtschaft werde in ihrer Bedeutung noch übertrieben von der Aufgabe des Staates, darauf hinzuwirken, daß das ganze preussische Wirtschaftsgebiet in möglichst vollkommener Weise mit elektrischer Energie versorgt werde. Der Minister wies mit elektrischer Energie versorgt werde. Der Minister verbreitete sich über die Notwendigkeit der Zusammenfassung der Beteiligten und geht im einzelnen auf die bevorstehenden Aufgabe ein. Vorschläge würden dem Hause demnächst unterbreitet werden.

Die Abg. Wäntig (Soz.), Dr. Pinkernell (D. Vp.), Schwenk (Komm.), Falt (Dem.), Müller-Franken (Soz.) und Bechermeier (Dn.) sprachen sich im großen und ganzen zustimmend zu dem Regierungsprogramm aus.

Damit schließt die Aussprache. Das Gesetz wird in zweiter Lesung angenommen und auch in dritter verabschiedet. Annahme finden auch die Entschuldigungsanträge des Hauptauschusses auf Verbilligung des Strombezuges usw. Es kommen dann eine Anzahl kleinerer Gegenstände zur Erledigung.

Für die Einrichtung von Fach- und Berufsschulen in Ostpreußen werden größere Mittel zur Verfügung gestellt. Bei der Abstimmung über einen deutschenationalen Antrag, in dem das Staatsministerium ersucht wird, einen Entschuldigungsantrag des Handelsministers zurückzuziehen, wonach der Landbund nicht als wirtschaftliche Vereinigung im Sinne des Arbeitsnachweises anzusehen sei, stellt es sich heraus, daß das Haus nicht beschlußfähig ist. Nächste Sitzung Mittwoch.

Heimchen.

Roman von Erich Ebenstein.

Copyright by Greiner & Comp., Berlin W 30.

(Nachdruck verboten.)

12. Fortsetzung.

Um vier Uhr werde er sich erlauben, das gnädige Fräulein in dem kleinen Musentempelchen am Zypressenhügel zu erwarten.

„Was kann er wollen?“ sagte Serena bekommen.

„Ich kenne doch Direktor Herlinger kaum!“

„Es wird gewiß nichts Schlimmes sein, gnädiges Fräulein, denn er ist ein sehr guter, freundlicher alter Herr. Hingehen müssen Sie jedenfalls.“

„Von Tante Korab ist noch keine Nachricht gekommen?“

„Nein, aber es kann wohl auch noch kaum Antwort auf meinen Brief da sein. Morgen oder übermorgen, schähe ich, wird ein Schreiben kommen.“

Gleich nach Tisch — Serena nahm die Mahlzeiten mit der Gärtnersfamilie ein — besuchte sie Frau Olga Ilwof, geborene Gräfin Bad — dieselbe, der Frau von Barton keinen ihrer Rosenkränze gönnte, weil sie einen bürgerlichen Ingenieur geheiratet hatte.

Sie war eine sehr schöne, elegante junge Dame von großer Lebenswürdigkeit, die immer viel warmherzige Teilnahme für Serena an den Tag legte.

Serena selbst fühlte sich ihr gegenüber stets befangen und unfrei — warum, wußte sie eigentlich nicht.

Aber es war so: Eine unfähige Schranke, die keine Fühlhaden von Seele zu Seele aufkommen ließ, stand zwischen ihr und der jungen Frau, obwohl diese nur um wenige Jahre älter war als sie selbst und sie einander von Kindheit an kannten.

„Liebe Serena,“ sagte Frau Ilwof, nun das junge Mädchen in die Arme schließend, herzlich. „Ich bin heute nicht bloß gekommen, um dich zu sehen, sondern hauptsächlich, um mit dir über die Zukunft zu sprechen. Denn

Das Arbeitszeitgesetz.

Besprechungen in der Reichskanzlei.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und unter Beteiligung der Reichsminister Dr. Brauns, Dr. Curtius, Dr. Krohne und Haslunde fand in der Reichskanzlei mit den Vertretern der deutschen Arbeitgeberverbände eine eingehende Aussprache über den Entwurf des Arbeitszeitgesetzes, namentlich über die Frage der Arbeitszeit, statt. Von der Reichsregierung wurde darauf hingewiesen, daß sie vor eigener Entschließung besonderen Wert darauf legt, die überaus bedeutungsvollen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Probleme in eingehenden Aussprachen mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einer Klärung näherzubringen.

Seitens der Vertreter der Wirtschaft wurde unter Betonung des Willens, zur befriedigenden Lösung der Arbeitszeitfrage beizutragen zu wollen, darauf hingewiesen, daß bei der Regelung der Arbeitszeitfrage auf die noch keineswegs gesicherte allgemeine Wirtschaftslage sowie auf die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Wirtschaftszweigen entsprechende Rücksicht genommen werden müsse.

Der Reichskanzler hat die Stellungnahme der Reichsregierung vorbehalten.

Neue Befugnisse für Mussolinis Polizei.

Amtsenthaltung von Verwaltungsbeamten.

Nach italienischen Blättermeldungen ist die italienische Polizei mit neuen Machtbefugnissen ausgestattet worden. Der Ausländer wird sich auch fernerhin anmelden und sich gegebenenfalls der Polizei persönlich vorstellen müssen. Jeder, der einem Ausländer das Eigentum oder die Ausnischung von Immobilien einräumt, wird verpflichtet, der Polizei hiervon Mitteilung zu machen. Die Präfekten erhalten die Befugnis, im Interesse der Sicherheit des Landes Ausländer in den Aufenthalt in Gemeinden und Ortschaften zu verbieten, die für die Landesverteidigung wesentlich sind. Die Präfekten sind befugt, aus den Grenzgemeinden die Ausländer auszuweisen und Versuche solcher Ausländer, die Grenze zu überschreiten, zurückzuweisen. Endlich werden die Präfekten im ganzen Lande ermächtigt, Ausländer zwangsweise an die Grenze befördern zu lassen.

Der „Tevere“ meldet, daß eine Reihe von Präfektoren und Quästuren statt mit Beamten mit Faschisten besetzt werden sollen. Wie „Giornale d'Italia“ aus Turin berichtet, wurden 13 Provinzialräte von dem dortigen Präfekten ihres Amtes enthoben. Drei davon sind Kommunisten, die übrigen Sozialisten.

In den Wändelgängen der Kammer hat sich wieder ein Zwischenfall ereignet. Der faschistische Abgeordnete Stavace fordert den sozialistischen Abgeordneten Bocconi auf, das Parlament zu verlassen. Als dieser Einwendungen erhob, o h r f e i g t er ihn und befördert ihn mit Gewalt aus dem Gebäude.

Die Verschwörung in Spanien.

Gegenmaßnahmen der Regierung.

Alexandro Lerroux, der Chef der Republikanischen Partei, ist verhaftet und in das große Madrider Gefängnis zur Verfügung des Militärgerichts gebracht worden. Seine Inhaftierung erfolgte vermutlich deshalb, weil in den letzten Tagen eine Abschrift eines Lerroux zugeschriebenen Briefes zirkulierte, der nach dem baldigen Sturz der jetzigen Regierung eine jakobinische Diktatur und Strafen ankündigte. Gleichzeitig wurden die Universitätsprofessoren Giralt und Marti Jara verhaftet.

Es handelt sich um ein über ganz Spanien, hauptsächlich Barcelona und Madrid, verzweigtes Komplott zum Sturze der Diktatur und Monarchie und Errichtung einer föderalistischen Republik in Spanien, als deren Präsident Blasco Ibanez genannt wird. Lerroux sollte die Ministerpräsidentschaft übernehmen.

Der Landsberger Femeprozeß.

§ Landsberg a. d. W., 9. November.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung des Angeklagten Schulz verweigerte dieser auf eine Frage des Rechtsanwalts Dr. Löwenthal, welches das Verhältnis der Schwarzen Reichswehr und sein eigenes zu den höheren Reichswehrstellen gewesen sei, die Antwort. Es wurde dann

der Nebenkläger Gädide

vernommen, der erklärt, er habe von der Schiebung erst erfahren, als sie schon vollzogene Tatsache gewesen sei. Aber die Vorgänge beim Fort Fischernow befand Gädide, Klapproth habe plötzlich gesagt: Nun so! Nach zehn Schritten habe

natürlich macht mir diese große Sorgen... Die Fall sagte mir ja wohl, daß sie im Auftrag deiner Großmama an eine Tante schrieb, beinetwegen, aber ich denke mir, daß dieses Unterfuchen bei unbekannten Verwandten nicht sehr nach deinem Geschmack sein wird! Hab' ich nicht recht?“

„Ich weiß nicht... ich habe darüber noch kaum nachgedacht...“

„Natürlich — diese ersten Tage gehörten ja auch wohl der Trauer um die arme Hingeshiedene an. Ich ließ dir deshalb auch Ruhe. Aber inzwischen habe ich mich in deinem Interesse ein wenig umgetan im Kreis meiner Bekannten und kann dir daher heute mit positiven Vorschlägen kommen.“

„Mir? Aber ich muß doch erst Tante Korabs Antwort abwarten...“

„Nun ja. Zudez hindert dich das doch nicht, zuzugreifen, wenn sich dir etwas Besseres bietet. Bedenke nur, liebste Serena, daß du bei dieser Tante, die du gar nicht kennst und die in beschränkten, kleinbürgerlichen Verhältnissen leben soll — ja doch im besten Fall nur als Diensthote ausgenutzt werden würdest!“

Serena errötete heftig.

„Woher weißt du das, liebe Olga? Kennst du denn meine Tante? Sie ist eine Schwester meiner Mutter — warum sollte sie mich nicht auch liebhaben können?“

Frau Ilwof machte eine wegwerfende Handbewegung.

„Ach, du bist eine kleine Idealistin, die Welt und Leben nicht kennt! Arme Verwandte, die das Gnadenbrot essen, hat niemand lieb, merke dir das! Und auch, daß in dieser Welt von heute jeder nur an sich denkt.“

„Das wäre sehr traurig!“

„Dennoch ist es so, verlaß dich darauf. Und eigentlich ist das auch ganz natürlich und berechtigt. Was sollen wir heute, wo das Leben so schwer und kostspielig ist — mit Gefühlen anfangen? Zugreifen, wo sich ein Vorteil oder eine Gelegenheit bietet, sich sein Dasein zu verbessern, ist alles, was — insbesondere wir Frauen — tun können.“

er dann einen Schlag bekommen und sei zu Boden gefallen. Klapproth habe einen Totschläger gehabt, ein Leder mit einer Bleifugel darin. Schließlich sagte Klapproth: „Dir Schwein sollte etwas anderes passieren! Wir nehmen bloß Rücksicht auf deine Frau!“

Der Angeklagte Klapproth bestritt entschieden, einen Totschläger gehabt zu haben. Wenn ich einen gehabt hätte, so erklärte er, würde mich keiner festgehalten haben, und der (auf Gädide zeigend) würde dann auch nicht mehr hier stehen. Der Nebenkläger Gädide wurde darauf von der Verteidigung in ein lebhaftes Kreuzverhör genommen. Auf die Frage, ob der Schriftleiter der Frankfurter Volksstimme bei ihm gewesen sei und ihm Geld geboten habe, erklärte er zunächst, er habe von niemandem Geld bekommen. Schließlich gab er zu, von einem Vertreter der Liga für Menschenrechte 800 Mark erhalten zu haben. Weiter gab er zu, daß auch Mertens bei ihm gewesen sei, auch der Vertreter der Volksstimme habe Auskünfte haben wollen. Er habe sie aber abgelehnt. Die Unterstufungen habe er erhalten wegen seiner Krankheit und Arbeitsunfähigkeit. Vermittelt habe sie Mertens. Er habe Mertens dafür Mitteilungen gemacht.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wird dann in die Zeugenvernehmung eingetreten. Der Zeuge Hauptmann Reiner vom Wehrkreiskommando III bezeugte, daß Schulz die besonders schwierige Arbeit gehabt habe, die Arbeitskommandos zu organisieren. Er habe diese Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit gelöst. Von Befestigungen oder Mißhandlungen ist dem Zeugen nichts bekanntgeworden. Ein weiterer Zeuge, Untersuchungsrichter Leismann, Küstner, brachte ein Schreiben Gädides zur Sprache, in dem er um Aufhebung der Haft bittet, weil er sonst gezwungen sei, einen Rechtsanwalt der Linksparteien zu nennen, der dann natürlich alle die geheimen Dinge ausrollen würde, was doch sehr unangenehm werden könnte.

Rechtsanwalt Dr. Löwenthal stellte den

Antrag, Reichswehrminister Gessler, Reichsminister des Innern Rütz, Minister Seevering, Regierungsrat Rühfisen, Regimentskommandeur Bod, Generalobersten von Seede u. a. zu laden,

die aussagen sollten, ob die Arbeitskommandos tatsächlich mit der Reichswehr in irgendeinem Zusammenhang gestanden hätten und ob mit ihrem Einverständnis dort egerziert worden sei und ob die Truppen bestimmt gewesen seien, bei inneren oder äußeren Unruhen eingesetzt zu werden. Nach einer Pause erklärte der Gerichtshof, daß er die Ladung der von Dr. Löwenthal genannten Zeugen, die sich nicht direkt mit den Rechten des Nebenklägers beschäftigten, ablehnen müsse. Dagegen wurde die Ladung einiger weiterer Zeugen beschlossen.

Der Vater Klapproths, der nun als Zeuge vernommen werden sollte, erklärte, daß er nicht aussagen wolle, ebenso die Mutter Klapproths.

Als nächster Zeuge wurde Freiherr von Senden vernommen. Vor: Ständen Schulz und Klapproth in näheren Beziehungen? Zeuge: Klapproth war einer der Mitgründer der Kraftfahrabteilung und stand dadurch mit Schulz in näherer Beziehung, wie ich gehört habe. Vor: Welche Beobachtungen machten Sie betreffs der Freundschaften dieser Angeklagten? Zeuge: Irrendwelche Tatsachen kann ich hierzu nicht angeben. Vor: Haben Sie sich darüber beschwert, daß Büsching und Klapproth eher bei Schulz vorgelassen würden als die Offiziere? Zeuge: Ich habe mich wohl darüber beschwert, daß Oberleutnant Schulz nach meiner Ansicht die Offiziere nicht so behandelte, wie es seine Pflicht gewesen wäre. Auf eine Frage des Vorsitzenden bemerkte von Senden, seit zwei bis drei Jahren werde von einer gewissen Presse eine Deke geführt, so daß er heute nicht sagen könne, was er gelesen und was er selbst erlebt habe. Er habe nie einen Eid abgenommen.

Untersuchungsrichter Grasse bemerkte, er könne aus eigener Anschauung heraus nichts aussagen, sondern nur aus seiner dienstlichen Tätigkeit. R. A. Dr. Hahn äußerte sich dahin, er halte es nicht für richtig, daß ein Untersuchungsrichter in einer Sache aussage, in der das Verfahren noch nicht abgeschlossen sei. Das Gericht zog sich hierauf zur nochmaligen Beratung zurück und gab dann die Erklärung ab, daß von der Vernehmung des Zeugen Grasse Abstand genommen werden müsse, da sie im Sinne der Strafprozeßordnung als unzulässig anzusehen sei.

Es folgt die Vernehmung des Oberleutnants Dr. Stantien und des Diplomlandwirts Feuerlein, die nichts Wesentliches aussagen.

Vokales und Provinzielles.

Salver, den 11. November 1926.

□ Neue Wohlfahrtsbriefmarken. Ab 1. Dezember gelangen wie in Vorjahren Wohlfahrtsbriefmarken zugunsten der Deutschen Rothilfe zur Ausgabe. Die Marken werden bis zum 15. Februar 1927 bei den Postanstalten verkauft werden. Die postalische Gültigkeit der Marken erlischt am 30. Juni 1927. Der Ertrag der Marken, die in Werten von 5, 10, 25 und 50 Pfennig zum doppelten Nennwert verkauft werden, ist wieder zur Linderung der Not im ganzen Reiche bestimmt.

□ Die Leerungszeit der ländlichen Briefkästen. An den ländlichen Briefkästen, mit Ausnahme der an den Postagenturen angebrachten, ist nicht zu ersehen, wann die nächste Leerung stattfindet. Allerdings sind keine Zinkblechplatten eingeschoben, auf denen Vor- und Nachmittags

Darum folge mir und greife zu! Ich komme nämlich mit zwei sehr annehmbaren Vorschlägen: Baronin Zehendorf sucht eine Gesellschafterin und ist auf meine Empfehlung hin sofort bereit, dich zu engagieren. Ferner wünscht die reiche Autofabrikantengattin Wagenauer seit langem eine... womöglich adelige junge Dame als Privatsekretärin und Reisebegleiterin. In beiden Fällen wären dir gewiß: Sehr anständiges Gehalt, das behagliche Leben in einem vornehm geführten Haushalt, wo Geld keine Rolle spielt, und was am meisten ins Gewicht fällt — ein erstklassiges Gesellschaftsmilieu, in dem du Gelegenheit hast, vielleicht bald eine möglichst gute Partie zu finden. Denn darauf muß dein Bestreben in erster Linie gerichtet sein. Glaube mir, Serena, ich meine es aufrichtig gut mit dir: Heirate so bald als möglich, dann bist du frei von allen Sorgen und kannst dir das Leben nach deinem Geschmack einrichten. Du weißt noch nicht, wie hübsch das ist — einen Mann zu haben, der für alles sorgt und denkt, sich keinen Wunsch verjagen zu müssen und so recht frei und sorglos im Strom des Lebens mitschwimmen zu können, wie z. B. ich es heute tue!“

„Du vergißt dabei nur, daß du deinen Mann aus Liebe geheiratet hast — mir aber eine Heirat aus Berechnung vorschlägst!“

„Bah...“ Die geborene Gräfin Bad spielte lächelnd mit den kostbaren Ringen an ihrer weißen, schmalen Hand. „Du darfst wirklich nicht immer alles so hochtrabend nehmen, du naives, kleines Dummchen! Gut — ja, ich liebe Otto, weil er ein hübscher, sehr netter Junge ist und der beste Gatte, den man sich denken kann. Und diese Liebe — das ist eben der Schutz Glück, den das Schicksal mir als Ertrageschent in den Schoß warf. Aber ich hätte Otto auch genommen — ohne Liebe.“

„Olga!“ Serena starrte die junge Frau ganz entsetzt an.

Diese lachte hell auf. Dann rückte sie dicht an Serena heran.

Fortsetzung folgt.

Schlusssdienst.

Vermischte Drahtnachrichten vom 9. November.

Die Auflösung des Wikingbundes.

Berlin. Zu der Erklärung der Bundesleitung des Wiking, die über eine am 6. und 7. November in Berlin abgehaltene Führertagung und die dabei festgelegten Richtlinien für die nunmehr wieder beginnende Arbeit in Preußen berichtet, weist der Amtliche Preussische Pressedienst darauf hin, daß der Bund Wiking durch Verfügung des preussischen Ministers des Innern vom 12. Mai 1926 verboten und außerdem durch den Minister des Innern mit Zustimmung der Reichsregierung in Preußen aufgelöst worden ist. Diese Maßnahme sei der Nachprüfung durch den Staatsgerichtshof entzogen und rechtskräftig. Infolgedessen sei der Wiederauftritt des Bundes Wiking strafbar. Gegen die Teilnehmer an der Führertagung wie gegen jede Betätigung des Bundes Wiking würde das Strafverfahren gemäß §§ 1 und 4 des Gesetzes vom 22. März 1921 eingeleitet werden.

Ransen in Berlin.

Berlin. Der berühmte Polarforscher Frithjof Ransen trat zum Kongreß der Arktisforschung in Berlin ein.

Bayern und der Finanzausgleich.

München. Im Bayerischen Landtag führte Finanzminister Dr. Krausnick in seinen Darlegungen über die Verhandlungen zum Finanzausgleich in Berlin aus, daß sich durch die Steuerbefreiungen und Steuerermäßigungen des Reichseinkommensteuergesetzes und des Lohnsteuergesetzes gegenüber dem Haushaltsvorschlag im Rechnungsjahr 1926/27 für Bayern ein Fehlbetrag von 40 Millionen Mark ergeben werde. Für das laufende und das kommende Rechnungsjahr ergebe sich ein Fehlbetrag von rund 60 Millionen. Würde die Unterfütterung der Erwerbslosenfürsorge in dem bisherigen Umfang beim Lande verbleiben, so würde ein weiterer Fehlbetrag von rund 25 Millionen dazutreten. Der bisherige schematische Finanzausgleich sei unannehmbar und schlechthin undiskutierbar. Darauf nahm Ministerpräsident Dr. Held das Wort, der ausführte: Der jetzige Finanzausgleich sei kein Ausgleich mehr, sondern eine Vergewaltigung der Einzelstaaten. Die Lösung der Frage des Finanzausgleichs entscheide über Leben und Tod der Länder. Die ganze Konstitution der Weimarer Verfassung bezüglich des Verhältnisses zwischen Staat und Reich sei auf die Dauer unhaltbar. Der Kampf, um den es gehe, sei der große Entscheidungsschlacht zwischen Einheitsstaat und bundesstaatlichem System. Die bayerische Regierung sei einmütig überzeugt von der vitalen Gefahr, die in der Entwicklung des Finanzausgleichs liege, und sie sei fest entschlossen, den Kampf mit aller Energie und, wenn sie dazu gezwungen sei, bis zur äußersten Konsequenz durchzuführen. Bayerns Ziel in diesem Kampf sei sein eigenständiges Leben, ein lebenskräftiges Bayern in einem starken, geschlossenen Deutschen Reich.

Spiel und Sport.

Sp. Der Stand des Berliner Sechslagerrennens. Das in tausend Jagden zermürbte Feld wurde in der fünften Nacht von dem französischen Paar Wambst-Lacquehay völlig zersprengt und in Fetzen gerissen. In acht Jagden überundeten die Franzosen dreimal das Feld, nur Aerts-van Hevel und Junge-Marcillac kamen mit zweifacher Überwindung etwas alimbstlicher davon. Die

vollkommen erschöpften Niethe und Behrendt gaben das Rennen auf; ihre Partner Koch und Tieg wurden zu einer neuen Mannschaft zusammengetan, die mit vier Runden Rückstand in das Rennen eingereiht wurde. Die 15 Runden zurückliegenden Fride-Verhaeren wurden aus dem Rennen genommen. Der Stand des Rennens ist: Wambst-Lacquehay; zwei Runden zurück: Junge-Marcillac; vier Runden zurück: Tieg-Koch, Aerts-van Hevel; sechs Runden zurück: Fuschle-Tonani; acht Runden zurück: Knappe-Kieger; zwölf Runden zurück: Gottfried-Rebe, Gorder-Horan.

Sp. Die Eröffnungsrennen in der Dortmunder Westfalenhalle sahen im Gesamtergebnis des Ländertreffens für Berufsfahrer Ohmella mit 27 Punkten vor Boulain-Frankreich mit 15 Punkten und Spears-Australien mit 15 Punkten siegreich. Das 50-Kilometer-Dauerrennen gewann Müller vor Ruffeboldt, Krupat und Miquel.

Sp. Breitenfrüher und Brenzel sollen die Hauptkämpfe eines Großboxkampfes am 21. November in Breslau bestreiten.

Sp. Der Preis des Landwirtschaftsministeriums, eine Materialprüfung für Reitpferde, stand im Mittelpunkt des vierten Tages des Dortmunder Reit- und Fahrturniers. Sieger wurden in der leichten Klasse Franke „Abdera“ (Stück), in der mittleren Stensbels „Altgold“ (Ves.), in der schweren Piepers „Mormone“ (Prümer). Der Aufmarsch der Reitergruppen, die am Distanzritt teilgenommen hatten, fand wieder stürmischen Beifall.

Sp. Die Turnauschussung der Deutschen Turnerschaft am 13. und 14. November in Mühlhausen (Thüringen) wird sich vor allem mit der Beratung des Arbeitsplanes 1927, dem Deutschen Turnfest 1928 in Köln, der Reuegaltung der Wettampfbestimmungen und des Vereinsbetriebs, dem Verhältnis der D. L. zum Deutschen Reichsausschuss und der vielumstrittenen Frage der Teilnahme der D. L. an den Olympischen Spielen zu befassen haben.

Sp. Wanderpreise der Turner. Da noch viel Unklarheit über die Stiftung, Genehmigung und Verleihung von Wanderpreisen besteht, macht der Oberturnwart der D. L., Schwarze, auf die hierfür geltenden Wettampfbestimmungen aufmerksam, nach denen ein Wanderpreis nur für eine Mannschaftsleistung, niemals für die Leistung eines einzelnen Turners gestiftet werden kann. Jede Stiftung muß nach den entsprechenden Bestimmungen besonders genehmigt werden. Und endlich muß für einen Wanderpreis stets ein erheblicher Kunstwert gefordert werden. Potale und ähnliche Dinge gelten überhaupt als ausgeschlossen.

Sp. Die internationalen Berufsboxkämpfe in Stuttgart brachten eine L.-o.-Niederlage des deutschen Ermittlungsschlichters Wiegert in der 6. Runde gegen den Franzosen Rib Nitram und im zweiten Hauptkampf einen L.-o.-Sieg des deutschen Weltgewichtsschlichters Grimm in der 5. Runde gegen Lebrige-Frankreich. Eugentobler erhielt einen Punktsieg gegen Dastillon-Frankreich zugesprochen, Sanderlor verlor nach Punkten gegen den Marokkaner Ali ben Said.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 9. November.

* Börsenbericht. Es trat eine weitere Versäuerung ein und nach mehrfachen Schwankungen stellten sich die Kurse auf fast sämtlichen Marktgebieten teilweise nicht unerheblich niedriger. Im Gegensatz zur sonstigen Börsenhaltung befand sich der Geldmarkt weiter in sehr günstiger Verfassung, tägliches Geld 4-6 %, monatliches Geld 5,75-7 %.

* Devisenbörse. Dollar 4,20-4,21; engl. Pfund 20,39-20,44; holl. Gulden 168,17-168,59; Danz. 81,49 bis 81,60; franz. Franc 13,69-13,73; Schweiz. 81,09 bis 81,29; Belg. 58,58-58,72; Italien 17,66-17,70; schwed. Krone 112,28-112,56; dän. 111,91-112,19; norweg. 105,22 bis 105,48; tschech. 12,45-12,49; österr. Schilling 59,29 bis 59,43.

* Bankenvertrauen in der Provinz? Wie verlautet, ist in einer der regelmäßigen Fiskaldirektorenversammlungen von einer Berliner Großbank vorgeschlagen worden, zur Verminderung der Unkosten in einer Anzahl von Städten sämtlich Großbankfilialen aufzulösen. An ihrer Stelle sollten von den beteiligten Großbanken neue Provinzbanken gegründet werden, deren Aktien quotenmäßig je nach der Bedeutung ihres bisherigen Platzgeschäftes von den Gründern übernommen werden. Bis zur Verwirklichung des Projektes dürfte es bei dem zu erwartenden Widerstand der meisten Großbanken noch gute Weile haben.

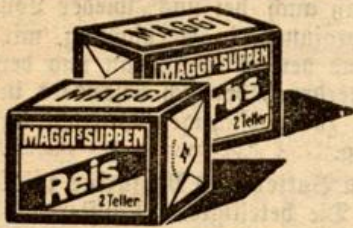
* Getreide- und Strohnotierungen (Erzeugerpreise) pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Reichsmark): Quadratballen drabigepr. Roggenstroh 1,15-1,50, desgl. Haferstroh 0,95-1,25, desgl. Gerstenstroh 0,90-1,25, desgl. Weizenstroh 1,05-1,35, Roggenlangstroh 1,80-2,10, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 1,20-1,55, Säckel 2,25 bis 2,50, handelsüblich. Getreide 1,25-2,25, gutes Getreide 3,00-3,70, Klebeheu 3,60-4,10.

* Die französische Industrie klagt über Exportschwierigkeiten. Poincaré empfang die Vertreter der nordfranzösischen Textilindustrie, die ihm ihre schwierige Lage schilderten, da ihr Auslandsabsatz durch die Steigerung des Frankens schwer leide. Poincaré erklärte sich bereit, den Klagen der Textilindustrie bei seinen finanzpolitischen Plänen Rechnung zu tragen.

Elberfelder Schlachtviehmarkt.

Elberfeld, 8. Nov. Auftrieb: 624 Stück Großvieh, davon 301 Ochsen, 44 Bullen, 135 Kühe, 99 Färjen (Kalbinnen), 45 Fresser, 353 Kälber, 26 Schafe, 2439 Schweine. Dem Schlachtvieh wurden im Laufe der Woche unmittelbar zugeführt: 20 Ochsen, 3 Bullen, 5 junge Rinder, 302 Schweine, 40 Kälber. Es kosteten pro Pfd. Lebendgewicht in Pfennigen: Ochsen: a) 1. jüngere 55-57, 2. ältere —, b) 1. jüngere 47-51, 2. ältere —, c) 40-45, d) —. Bullen: a) 46-48, b) 40-44, c) 36-38, d) —. Kühe: a) 48-50, b) 40-45, c) 30-36, d) 20-25. Färjen a) 52-54, b) 44-46, c) 38-40. Fresser: a) 34-38. Kälber: a) —, b) 80-85, c) 70-75, d) 55-65. Schweine: a) 76-78, b) 76-78, c) 75-77, d) 74-76, e) 74-75, f) —, g) 65-70. Marktverlauf: In allen Gattungen langsam geräumt.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halber i. Westf.



In jeder Küche

sind MAGGI'S Suppen-Würfel geschätzt, weil man daraus auf einfachste Weise schnell und bequem nahrhafte, wohlschmeckende Suppen herstellt. Mehr als 20 Sorten. — 1 Würfel gibt 2 Teller Suppe und kostet nur 13 Pfg. — Verlangen Sie bitte ausdrücklich

MAGGI'S Suppen-Würfel

Die Maul- und Klauenseuche unter den Rindviehbeständen der Landwirte Theodor Brockpeter, Winhof, Wilhelm Pulvermacher, Ober-Bommert, Robert Bürger-Hesseln, Ernst Kirchhoff-Bergfeld und Geschwister Schmidt in Ober-Bommert ist erloschen.

Die über die Ortschaften Winhof, Ober-Bommert, Hesseln und Bergfeld verhängte Sperre ist aufgehoben. Halber, 9. Nov. 1926. Die Polizeiverwaltung.

Unter dem Rindviehbestände des Landwirts Michael Eusa a. d. Heede besteht der Verdacht der Maul- und Klauenseuche. Die Ortschaft a. d. Heede ist als Beobachtungsgebiet erklärt worden. Halber, 9. Nov. 1926. Die Polizeiverwaltung.

Landwehrverein Halber. Sonntag, d. 14. Nov. nachmittags 5 1/2 Uhr im Vereinslokal:

Jahres-Haupt-Verammlung.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Rechnungslegung.
3. Vorstandswahl.
4. Festangelegenheiten.
5. Verschiedenes. Verteilung d. Jahrbücher.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Evangel. Kirchenchor Halber.

Mittwoch, den 17. November, Buß- und Betttag, nachmittags 4,20 Uhr:

Erstes Kirchenkonzert

Thema:

„Alte Meister“

Eintritt 80 Pfg., für passive Mitglieder, Erwerbslose, Konfirmanden u. Katechumenen 50 Pfg. Kinder unter 12 Jahren haben keinen Zutritt. Die Kirchtüren werden um 4,30 Uhr geschlossen. Die Gemeindeglieder werden herzl. eingeladen.

Köhlers KOLONIAL-KALENDER

Ausgabe 1927

Köhlers FLOTTEN-KALENDER

Ausgabe 1927

Köhlers DEUTSCHER KALENDER

für 1927

zu haben in der Buchhandlung Wilhelm Bell jr., Halber i. W.

Schmitt Resoval-Piano

Ein Meisterwerk der Klavierbaukunst. Das bewährte Ergebnis langjähriger Erfahrung. Tausende Pianos allerwärts geliefert. In über 40 Staaten eingeführt. Zeugnisse v. hervorrag. Künstlern u. Fachleuten.

Sehr günstige Teilzahlungen

Wünschen Sie ein erstklassiges Qualitäts-piano wenden Sie sich direkt an

CARI SCHMITT

Hof-Piano- und Flügel-fabrik
Hagen i. W. Elberfelderstr. 69
Telefon Nr. 2253

Möbel

zu herabgesetzten Preisen. Bequeme Teilzahlung, große Auswahl, Serien- und Einzelausfertigung. Kostenloser Lagerung. Möbelfabrik W. Wagner, Lüdenscheid, Wirthstr. 12.

Neue

Uhren

sowie

Reparaturen billig und gut bei Uhrmacher Brüser, Bollwerk-Kierspe.

Kompl.

Irrigatoren

Erfachteile

empfiehlt

Drogerie C. Bauckloh, Kierspe-Bhf.

Am Donnerstag, d. 11. d. M. erhalte ich eine große Auswahl hochtrag. u. feischmelke ostfriesische

Rühe

Carl Schmale, Halber, Telefon 23.

Erhalte Donnerstag tragende und melke

Rühe

Robert Hüffer, Schalksmühle

Tel. 221.

Künder's Marschkäse

Perle von Holstein

1/2 fett Tilsitform in Stanol

9 Pfd. 8,75 Porto Nachn. 1.-

Rote Kugelkäse

9 Pfd. 4,75 Porto Nachn. 1.-

Holsteinische Käsefabrik

Künder & Co. Nortorf



Wehr-Verein Kierspe-Bahnhof.

Am Samstag, d. 13. Nov. abds. 8 Uhr im Vereinslokal Rud. Cramer

gemütl. Beisammensein

Der Abend wird ausgefüllt durch musikalische, theatralische und gesangliche Aufführungen.

Es wird um recht zahlreiches Erscheinen gebeten. Freunde und Gönner sind herzlich willkommen.

Die Kameraden erscheinen mit Mütze. Orden und Ehrenzeichen sind anzulegen.

Der Vorstand.



M.-G.-V. „Eintracht“ Buschhausen.

Sonntag, d. 14. Nov. nachm. punkt 4 1/2 Uhr beginnend im Saale der Sommerfrische Buschhausen

nochmalige Aufführung

Wenn Du noch eine Mutter hast

Lebensbild aus der Gegenwart in 4 Aufzügen v. H. Houben. Außerdem Chorgesänge, Duett- und Terzettvorträge.

Um zahlr. Besuch bittet der Vorstand.



Taschenlampen

Batterien

Birnen

neu eingetroffen.

Wilh. Bell jr., Halber.

Beim Einkauf

vergessen Sie nicht



Kannegiesser's Kaffee

In 1/2 Pfund-Packungen aus der Kaffee-Großrösterei Robert Kannegiesser, Barmen Gegr. 1844.

Inferieren bringt Gewinn!



A 10 bei Asthma, Stick- u. Keuchhusten durch Husta-Glycin

Hustobons

Aerztlich empfohlen.

Erhältlich in Apotheken und Drogerien.

1/2 Fl. 90 Pfg., 1/2 Fl. 1.60 Mk.

Dose 90 Pfg. Zn haben bei: Halversche Med.-Drogerie Carl Menke, Halber. Drogerie Aug. Cordt, Schalksmühle.